

# Studiengebühren gefährden die Fußballweltmeisterschaft



Liebe KollegInnen  
und KommilitonInnen!

Keine Angst: Stichhaltig ist dieses Argument nicht. Aber vielleicht wäre es einen Versuch wert. Denn was auch immer derzeit an begründeten Argumenten und wissenschaftlicher Expertise gegen Studiengebühren

ihnen und nahm dem Bund vorläufig die Kompetenz, Studiengebühren zu verbieten.

Das ABS wies schon damals darauf hin, dass eine „soziale Abfederung von Studiengebühren“ schlicht nicht möglich, ein Widerspruch in sich ist: Entweder werden Studieren-

5) zeigt, dass die nicht hoffnungslos ist. Noch immer ist es nur eine Minderheit von Ländern, die allgemeine Studiengebühren beschlossen hat oder konkret plant. Hochschulen sind keine Inseln. In den Artikeln „Bolkestein und Bildung“, „Internationalisierung ohne AusländerInnen“, „Sie streiken auch für uns“ und „Studiengebühren als Paradigmenwechsel“ (S. 6-7) wird der Blick über den Tellerrand des Campus geworfen. Dass der Kampf gegen Studiengebühren noch lange nicht verloren ist, zeigt das Beispiel Sachsen, „Studiengebühren sind kein Naturgesetz“ (S.8) aber auch die Kurzschau über die juristischen Schwächen der Gesetzentwürfe.

Es gibt keinen Grund zu verzagen, oder den Widerstand gegen Studiengebühren erlahmen zu lassen. Es mag in einigen Bundesländern parlamentarische Mehrheiten für Studiengebühren geben, aber die gesellschaftliche Mehrheit ist gegen Studiengebühren. Auf die Dauer wird sie sich durchsetzen.

von Jochen Dahm  
Geschäftsführer des ABS

## Was ist das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren? Eine kurze Erklärung

Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) wurde im April 1999 von studentischen und nicht-studentischen Organisationen gegründet. Die InitiatorInnen reagierten damit auf die mangelnde Entschlossenheit der rot-grünen Bundesregierung, ihr Wahlversprechen einzulösen. SPD und Grüne hatten im Wahlkampf 1998 zugesichert, ein bundeseinheitliches Studiengebührenverbot umzusetzen.

Am ABS sind zahlreiche Organisationen beteiligt, so die Gewerk-

## „Veränderung kommt, die Welt wird sich drehen, wir müssen nur wollen, sonst kann es nicht gehen“



Liebe Studierende,  
ein neues Semester beginnt und in einigen Bundesländern in Deutschland sind Studiengebühren-gesetze beschlossen worden oder in Vorbereitung. Die Errungenschaft, dass alle Menschen ohne Gebühren studieren können, soll gekippt werden. Das Recht auf Bildung soll keines mehr sein.

Studiengebühren werden die Lebensträume von vielen Menschen zerstören. Nicht jeder wird studieren wollen, aber jeder sollte die Möglichkeit dazu haben. Wer keine reichen Eltern hat, wird kaum noch studie-

ren können oder mit einem hohen Schuldenberg ins Leben starten.

Die Politik sollte jungen Menschen nicht noch mehr Steine in den Weg legen. Jeder muss seinen Weg und seinen Platz in der Gesellschaft selber suchen und finden. Das Leben darf nicht durch den Geldbeutel der Eltern vorherbestimmt werden. Jeder muss seine Träume leben dürfen.

Ich halte die Einführung von Studiengebühren für einen schweren Fehler. Wir müssen insgesamt mehr nicht weniger für unser Bildungssystem tun. Angefangen beim Kindergarten bis zur Hochschule und Weiterbildung.

Auch wenn es gerade vielleicht nicht so gut aussieht: Wir dürfen den Kampf um eine bessere Welt und um ein gerechtes Bildungssystem nicht aufgeben.

Liebe Grüße,  
Nadja Benaissa, 23 (Ex-No Angels)  
aktuelles Album:  
„Schritt für Schritt“

»ES MAG IN EINIGEN BUNDESLÄNDERN PARLAMEN-  
TARISCHE MEHRHEITEN FÜR STUDIENGE-  
BÜHREN GEBEN, ABER DIE  
GESELLSCHAFTLICHE MEHRHEIT IST GEGEN STUDIENGE-  
BÜHREN «

ins Feld geführt wird: Es verhält in den Ohren der politischen EntscheiderInnen.

Wen interessiert schon, dass allgemeine Studiengebühren der Chancengleichheit im deutschen Bildungssystem endgültig den Gnadenstoss versetzen werden? Wen interessiert schon, dass Studiengebühren noch in keinem Land der Welt dazu geführt haben, dass den Hochschulen mehr Geld zur Verfügung steht? Wen interessieren die Auswirkungen von Studiengebühren für kritische und unabhängige Wissenschaft?

Die schwarzen und schwarzgelben Landesregierungen in Bayern, Baden-Württemberg, NRW, Hamburg, dem Saarland und Niedersachsen offensichtlich nicht. Sie wollen Studiengebühren einführen - mit dem Kopf durch die Wand.

Vor rund einem Jahr versprachen die CDU-geführten Länder, die vor dem Bundesverfassungsgericht gegen das Studiengebührenverbot geklagt hatten, sie würden Studiengebühren „sozial“ abfedern. Das Bundesverfassungsgericht glaubte

de mit geringeren finanziellen Möglichkeiten gefördert – etwa in Form des BAföG – oder sie werden zusätzlich zu den Lebenshaltungskosten mit Studiengebühren weiter belastet.

Von sozialer Abfederung kann denn nun auch keine Rede sein. Abgefedert wurde nichts: Stattdessen haben die Landesregierungen Kredit- und Schuldensysteme geschaffen, die gerade sozial Schwächere mit Zins und Zinseszins besonders belasten. Damit nicht genug: Unser Ausblick auf die Zukunft der Studienfinanzierung (S. 3) zeigt, wie neben der Gebührenfreiheit auch an weiteren Pfeilern der Studienfinanzierung - BAföG und Kindergeld - gesägt wird. Neu ist: Neben dem Geldbeutel der Eltern werden Bildungschancen in Zukunft vielleicht auch völlig von der Kassenlage des eigenen Bundeslandes abhängen - die Föderalismuskommission (S.3) lässt grüßen.

Die Gesamtsituation hat sich in den vergangenen Monaten nicht verbessert, aber unser Überblick über aktuelle Proteste (S.2) und der große Überblick über den Stand der Gebühren in den einzelnen Länder (S.4-

Studiengebühren sind aus gesellschafts-, sozial- und bildungspolitischen Gründen abzulehnen. Sie lösen kein einziges Problem, sondern verschärfen die Krise des Bildungssystems.

### Informationen im Internet

Mehr Informationen über das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren und aktuelle Pressemitteilungen gibt es unter der Adresse:

<http://www.abs-bund.de>

## „Bielefelder Verhältnisse“

Wenn Studierende aufstehen und auf den Tisch hauen.

Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren sprach mit Idris Riahi über die Protestaktionen in Bielefeld.

*Redaktion: Idris, wie ist der Stand in Bielefeld? Die Besetzung ist beendet und geht doch weiter?*

Idris: Ja richtig. Die Besetzung des Rektorats ist beendet, aber wir haben nun mitten in der Uni ein Protestcamp aufgeschlagen. Die Studierenden in Bielefeld haben noch lange nicht aufgegeben

*Wie hat die ganze Sache angefangen?*

Am 1. Februar gab es in Bielefeld eine Senatsitzung zum Thema Studiengebühren. Eigentlich wollte das Rektorat die Sache im kleinen Rahmen regeln. Aber es sind rund 3.000 Studierende gekommen und die Sitzung musste in das Audimax umziehen. Der Senat sollte dem Rektorat den Auftrag erteilen, die Einführung von Studiengebühren vorzubereiten. Die Studierenden im Senat haben sich dagegen gestellt.

*Die Studierenden sind in den Senaten überall in der Minderheit. Konnten sie das überhaupt verhindern?*

Nein, sie wurden von den Professoren überstimmt. Was die Stimmung im Saal aber so richtig zum Kochen gebracht hat, war die Art und Weise wie für Studiengebühren argumentiert wurde. Außer Plattitüden kam da nichts. Die Stimmung im Saal hat sich immer mehr aufgeheizt und ist schließlich explodiert.

*Was ist passiert?*

Direkt nach der Abstimmung sind mehrere hundert Studierende hoch zum Rektorat und haben versucht den Rektor zu stellen. Sie wollten zumindest ein vernünftiges Argument von ihm hören. Man hat ihm sogar ein Megafon in die Hand gedrückt, damit er was sagen kann.

*Was hat er gesagt?*

Er hat ungefähr eine halbe Stunde mit den Studierenden diskutiert und ist dann abgezogen. Wobei diskutiert nicht das richtige Wort ist. Er hat mehr versucht sich um die Antworten herumzudrücken.



Öffentliche Senatssitzung an der Universität Bielefeld.

*Der Rektor war gegangen und das Rektorat besetzt. Wie haben sich die ersten Stunden dann entwickelt?*

Das ging alles erstaunlich schnell und gut vonstatten. Wir haben verschiedene Arbeitsgruppen gebildet, etwa für Infrastruktur, Presse, Resolutionen. Wir haben festgelegt, dass wir alles Wichtige basisdemokratisch auf einem allabendlichen Plenum entscheiden wollen und wir haben natürlich unsere Forderungen formuliert.

*Was waren das für Forderungen?*

Erstens der Rücktritt von Rektor Timmerman, der die studentischen Senatoren viel zu spät und schlecht über die entscheidende Senatssitzung informiert hat, während er anderen seine Pläne schon vorher ausführlich dargelegt hat. Zweitens eine stärkere Demokratisierung der Hochschule insgesamt. Die Studierenden sind in den Senaten völlig unterrepräsentiert. Und schließlich die Rücknahme des Senatsbeschlusses.

*Gab es irgendeine Reaktion des Rektors?*

Den Medien hat er immer erzählt er wäre gesprächsbereit. Aber seine Bedingungen dafür waren unannehmbar. Vor allem hat er gefordert, dass die Gespräche nicht öffentlich sein dürften. Stattdessen hat er im Internet seine Sicht der Dinge verbreitet. Im Protestcamp ist ihm deshalb symbolisch ein leerer Stuhl auf-

gestellt worden, falls er doch noch einmal mit seinen Studierenden reden will.

*Wie war die Reaktion in eurer Uni?*

Wir haben sehr viel Zustimmung erfahren. Von Studierenden aber auch von Professoren und vielen anderen. Einige Schulklassen haben sogar ihren Unterricht in die besetzten Räume verlagert. Solidaritätserklärungen sind aus dem ganzen Bundesgebiet gekommen.

*Der Widerstand geht weiter. Aber was würdest du schon jetzt für ein Zwischenfazit ziehen?*

Ein positives. Die Studierenden werden vom Rektorat nun endlich ernst genommen. Im Senat kann man das spüren und noch ist die letzte Entscheidung über Gebühren ja nicht gefallen.

*Idris, vielen Dank für das Interview. Möchtest du noch eine Abschlussbemerkung machen?*

Ja. Ein bisschen stolz sind wir schon darauf, dass durch uns der Begriff „Bielefelder Verhältnisse“ geprägt wurde. „Bielefelder Verhältnisse“ steht dafür, dass die Studierenden aufstehen und „auf den Tisch hauen“. Denn noch ist der Kampf gegen Studiengebühren an keiner Hochschule verloren.

von Jochen Dahm

## „Wir sind hier und wir sind laut, ...“

... weil man uns die Bildung klaut!“

Bestell die fantastisch lauten ABS-Trillerpfeifen zum unglaublichen Protestpreis.

„Wir sind hier und wir sind laut, weil man uns die Bildung klaut!“

Soweit so gut. Aber was wenn mal wieder die Stimme versagt, das Megafon kaputt ist?

Hilfe naht mit der jetzt wieder lieferbaren ABS-Trillerpfeife! Der unentbehrliche Demoklassiker überzeugt mit sympathischem Pfeifton, gutgearbeitetem und in stilvollem revolutionsrot gehaltenem Plastikkörper, sowie original ABS-Logo-Aufdruck. Dank der innovativen Kordel (weiß), kann die ABS-Trillerpfeife überall hin mitgenommen werden und ist stets zur Hand - auch wenn es mal wieder länger dauert.

Neben der klassischen Ausführung ist die ABS-Trillerpfeife nun zusätzlich in den Modellen „Spontandemo 10.000“, „Öffentliche Senatssitzung“ und „Rektoratsbesetzung“ erhältlich. In NRW gibt's zur



Die Pfeife entspricht in der Funktionalität dem abgebildeten Produkt, weicht jedoch in der Optik davon ab :-)

ABS-Trillerpfeife auch eine Geld-zurück-Garantie - Irgendwie.

Also verleiht euren Argumenten Gewicht und bestellt noch heute zum

Stückpreis von 30 Cent die ABS-Trillerpfeife unter:

<http://www.abs-bund.de/material/>

## Der Bildungsbus kommt

„Wir können alles. Außer Bildungspolitik!“

Die Kampagne [www.bildungs-bus.de](http://www.bildungs-bus.de) von LAK BaWü, ABS und fzs



Der Bildungsbus erreichte auch Franz Müntefering.

Unter dem Motto „Wir können alles. Außer Bildungspolitik“ führte die Landes-ASten-Konferenz Baden-Württemberg (LAK BaWü) gemeinsam mit dem ABS und dem fzs im Vorfeld der Landtagswahlen im März die „www.bildungs-bus.de“-Kampagne durch. Die Kampagne hatte zum Ziel, Themen wie Verfasste Studierendenschaft, Studiengebühren und Bildungspolitik allgemein in die Öffentlichkeit zu tragen und auf die Wahlkampfagenda der Parteien zu setzen. Mit medienwirksamen Aktionen sollte dabei im Wesentlichen folgendes erreicht werden: Das Schaffen eines größeren Bewusstseins für die gesellschaftlichen Auswirkungen von Studiengebühren insbesondere auch außerhalb studentischer Kreise; die Verdeutlichung unserer Ablehnung sämtlicher Formen von Studiengebühren wie sie von der schwarz-gelben Landesregierung befürwortet werden; die Probleme der nicht-verfassten Studierendenvertretungen

tischen Linie erkannt werden. Zumal sich oftmals eine erschreckende Unkenntnis über die Zustände an den Schulen und Hochschulen, sowie gesetzlichen Regelungen zeigte. So zuckten viele der KandidatInnen aus CDU und FDP mit den Schultern, als sie mit der Frage konfrontiert wurden, warum in Baden-Württemberg seit 1977 die Verfasste Studierendenschaft verboten und seitdem nicht wieder eingeführt worden sei. Und Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber (CSU) zeigte sich erstaunt über die vom Bildungs-Bus vorgebrachte Kritik an der baden-württembergischen Bildungspolitik. Als ihm das Kampagnen-T-Shirt mit dem Aufdruck „Wir können alles. Außer Bildungspolitik“ überreicht wurde, war seine Reaktion: „Jo was is denn dees? Aber ihr seid's doch so a tolles Bundesland!“

Dass dieses Bundesland – vor allem in bildungspolitischer Hinsicht



Die BildungsbusfahrerInnen.

aufzeigen und auf Defizite in der momentanen schwarz-gelben Bildungspolitik aufmerksam machen.

Vom 07. bis zum 25. März tourte deshalb der Bildungs-Bus durch ganz Baden-Württemberg und besuchte zahlreiche Wahlkampfveranstaltungen aller Parteien. Insbesondere Ministerpräsident Oettinger (CDU) und sein Parteifreund und Wissenschaftsminister Frankenberg konnten sich bei ihren Auftritten sicher sein, dass der Bildungs-Bus nicht weit war. An unserem Infotisch hatten interessierte Wählerinnen und Wähler mithilfe von einer Menge (Info-)Material die Möglichkeit, sich über die Forderungen der LAK BaWü – u.a. nach der Wiedereinführung der Verfassten Studierendenschaft, der Rücknahme des geänderten Landeshochschulgebührengesetzes, das die Einführung von Studiengebühren zum SoSe 2007 vorsieht, sowie nach mehr demokratischen Mitspracherechten an den Hochschulen – informieren.

I. d. R. gelang es den InsassInnen des Bildungs-Bus` auch direkt an den Veranstaltungen teilzunehmen und den KandidatInnen und deren prominenten „WahlkampfhelferInnen“ unangenehme Fragen zur Bildungspolitik zu stellen. Bei den an der derzeitigen Landesregierung beteiligten Parteien konnte dabei jedoch keinerlei Abrücken von der aktuellen poli-

– keineswegs so toll ist wie der bayerische Ministerpräsident annimmt, wurde bei einer Diskussion mit Wissenschaftsminister Frankenberg überdeutlich. Er verteidigte „sein“ Gesetz, welches die Einführung von Studiengebühren und damit eine weitere Verschärfung der sozialen Selektion in unserem Bildungssystem besiegelt, als „den einzigen Ausweg aus der Unterfinanzierung der Hochschulen“.

Wir möchten uns bei allen, die uns unterstützt und zum Gelingen der Buskampagne beigetragen haben, bedanken! Trotz aller Anstrengung kann die Kampagne an sich als Erfolg gewertet werden. Viele Wählerinnen und Wähler konnten informiert, einige auch überzeugt werden. Bleibt jedoch abzuwarten, was bei und nach den Landtagswahlen passieren wird?! Denn erst hier wird sich zeigen, ob die Kampagne auch tatsächlich dazu beigetragen hat, dass sich die Verhältnisse in Baden-Württemberg ändern.

Weitere Informationen über die Buskampagne finden sich auf [www.bildungs-bus.de](http://www.bildungs-bus.de) oder einfach beim u-asta in Freiburg anrufen (0761/203-2033).

von Felix Witzenzeller  
Mitglied im Vorstand des u-asta der Uni Freiburg AK BaWü und das Bildungs-Bus-Team

## Studienkredite

### Die Kreditanstalt für Wiederaufbau bietet „endlich“ Bildungskredite an.

Eine kritische Einschätzung der Studienkredite

Der 9. Februar war ein guter Tag für Annette Schavan (CDU). Nicht nur, dass sie drei Monate zuvor als vormalige große Widersacherin rot-grüner Bildungspolitik das Bildungsressort ohne nennenswerten Widerstand der SPD erhalten hatte. Nein, sie konnte darüber hinaus jubelnd verkünden, dass mit der Einführung von Studienkrediten durch die Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) endlich „ein wichtiger Schritt zur Erschließung eines funktionierenden Marktes zur Bildungsfinanzierung gemacht wird.“

»DIE BUNDESREGIERUNG HAT ALSO MIT DIESEM ANGEBOT GUTE BEDINGUNGEN FÜR DIE EINFÜHRUNG VON STUDIENGEBÜHREN GESCHAFFEN.«

Künftig haben also alle Studierenden die Möglichkeit, bei der bundeseigenen Bank einen Kredit aufzunehmen. Bis zu 650 Euro im Monat sollen es sein, maximal aber 14 Semester lang. Voll verzinst werden die aufgenommenen Schulden natürlich auch, was bedeutet, dass nach einem zehnmestrigen Studium und einem günstigen Zinssatz eine Gesamtverschuldung von rund 60.000 Euro besteht. Aus Sicht von Schavan ein funktionierender Markt. Dass sich Studierende ob solcher Konditionen sicherlich zweimal überlegen werden, ob sie ein Studium aufnehmen, steht auf einem anderen Blatt.

Verwundern mag in diesem Zusammenhang, dass die SPD diesem Vorhaben im Kabinett zugestimmt hat, war sie doch noch mit dem Versprechen in den Wahlkampf gegang-

gen, Studiengebühren verhindern zu wollen. Die jetzige Zustimmung wurde denn auch begründet mit dem Verweis darauf, dass zwischen der Einführung von Studiengebühren und der Einführung dieses Kredits kein Zusammenhang bestehe. Denn es wird stets erklärt, dass es sich bei dem Kredit nur um die Finanzierung der Lebenshaltungskosten handele. Doch das ist nicht mehr als ein Feigenblatt. Schließlich wird nicht überprüft werden können, ob Studierende diesen Kredit für die Zahlung ihrer Lebenshaltungskosten oder von Studienge-

bühren aufnehmen. Die Bundesregierung hat also mit diesem Angebot gute Bedingungen für die Einführung von Studiengebühren geschaffen – unter Zustimmung der SPD!

Doch selbst, wenn es nur um die Finanzierung von Lebenshaltungskosten ginge, ist dieser Kredit mehr als bedenklich. Zwar ist der Kredit nur eine zusätzliche Möglichkeit der Studienfinanzierung, das BAföG soll daneben weiter bestehen bleiben. Auf der anderen Seite ergeben sich gerade hier mittelfristig große Probleme. Zwar konnte die SPD im Koalitionsvertrag eine Absicherung des BAföG gegen Widerstände der Union durchsetzen, indes: Dieses kann sich mittelfristig selbst überflüssig machen, benutzt man nur die entsprechenden Stellschrauben (nicht). Durch die Elternfreibeträge kann festgelegt wer-

den, welche Studierenden überhaupt BAföG erhalten, nämlich diejenigen, deren Eltern ein Einkommen innerhalb dieser Freibeträge haben. Durch die Bedarfssätze kann festgelegt werden, wie viel Studierende erhalten. Beide Sätze müssen eigentlich kontinuierlich angepasst werden, gibt es doch zum Beispiel eine jährliche Inflation. Die letzte Anpassung wurde aber vor fünf Jahren vorgenommen. Das bedeutet, dass auf der einen Seite weitaus weniger Studierende überhaupt anspruchsberechtigt sind und dann auch weniger Geld erhalten. Wird dies nun weiter fortgesetzt, bedarf es gar nicht mehr der formellen Abschaffung des BAföG. Gegensteuern ließe sich natürlich, indem eine Anpassung vorgenommen würde. Die Chancen dafür stehen aber gerade durch den neuen Studienkredit schlecht: Denn die dafür notwendigen Mittel werden mit dem Verweis auf die Möglichkeit, einen Kredit aufzunehmen, zumindest seitens der Finanzpolitiker verweigert werden. So sind im Entwurf des Bundeshaushalts für das Jahr 2006 erneut keine Anpassungen vorgesehen. Schavan wird sich sicherlich nicht gerade vehement dafür einsetzen, dass es in den kommenden Jahren anders wird. Und so könnte es sein, dass auch ein zweites Wahlkampfversprechen der SPD, nämlich der Erhalt des BAföG, nicht mehr als ein Lippenbekenntnis war. Momentan deutet jedenfalls alles darauf hin, dass man sich munter an dessen faktischer Abschaffung beteiligt. Doch noch besteht auch die Chance, das Ruder noch einmal herumzureißen.

## Kindergeld

### Mehr Familienförderung mit weniger Kindergeld?

Kürzungen würden vor allem Studierende treffen



Ein Studium ist immer noch stark von der Finanzierung durch die Eltern abhängig. Eltern erhalten dafür mit dem Kindergeld eine staatliche Unterstützung. Bislang wird Kindergeld bis zum vollendeten 27. Lebensjahr gezahlt. Vor kurzem wurden aber Pläne der Bundesregierung diskutiert, die Altersgrenze auf 25 Jahre zu senken.

Von einer finanziellen Eigenständigkeit sind StudentInnen in der Bundesrepublik noch weit entfernt. Über die Hälfte muss eine Erwerbsarbeit aufnehmen, fast alle (89 Prozent) werden von den Eltern mitfinanziert. Die Eltern wiederum erhalten Kindergeld als Unterstützung. Das sind 154 Euro pro Kind und Monat (179 Euro ab dem vierten Kind). Trotz-dem will die Große Koalition offenbar ab 2007 den Bezug von Kindergeld auf unter 25-jährige beschränken. Das trifft in erster Linie StudentInnen - bzw. ihre Eltern.

Schon auf den ersten Blick wird deutlich, dass daraus ein erhebliches finanzielles Problem erwächst. Das Durchschnittsalter bei einem Diplomabschluss (Uni oder FH) liegt bei rund 28 Jahren, selbst Bachelor-Ab-

solventInnen sind im Mittel schon 26 Jahre alt.

Die Problematik ergreift StudentInnen in einer schwierigen Phase des Studiums. Für viele entfällt gerade die BAföG-Förderung, sie müssen sich selbst versichern, müssen sogenannte Langzeitstudiengebühren zahlen. Diese zusätzlichen Belastungen lassen sich in der Studienabschlussphase auf Grund hoher zeitlicher Inanspruchnahme nur schwer mit eigenem Erwerb kompensieren.

Weitere staatliche Leistungen würden ebenfalls wegfallen. Das betrifft beispielsweise den Bezug von Waisen- oder Halbweisenrenten. Ebenso wenig könnten im öffentlichen Dienst beschäftigte Eltern Kinderzulagen in Anspruch nehmen. Besonders hart aber trifft es die StudentInnen, die sich dank verbeamteter Eltern privat versichert haben. Denn auch die Beihilfe wird dann bis zum 25. Lebensjahr begrenzt.

von Daniel Josten, Mitglied im Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten in der GEW

## Föderalismusreform

### Zurück zum mittelalterlichen Flickenteppich

Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen haben sich Union und SPD nach mehrjährigem Streit auf die Eckpunkte zu einer Reform des Föderalismus geeinigt. Anfang März wurde der Gesetzentwurf in den Bundestag und den Bundesrat eingebracht. Zentrales Element der Änderung des Grundgesetzes ist der Ansatz, die Bildungspolitik – und vor allem das Hochschulwesen – komplett in die Zuständigkeit der Länder zu übertragen. Mittlerweile fordern nicht mehr nur BildungsexpertInnen und die parlamentarische Opposition, sondern auch die SPD-Fraktion im Bundestag Nachbesserungen. Doch das Verfahren soll noch vor der Sommerpause abgeschlossen werden.

Die derzeitige föderale Ordnung sieht vor, dass der Bund im Hochschulwesen Rahmengesetzgebungskompetenz hat, also zu einzelnen Fragestellungen Richtlinien erlassen kann, die von den Ländern umgesetzt werden müssen („Hochschulrahmengesetz“). Demnach bestehen beispielsweise grundlegende Fragen von Hochschulzulassung, Abschlüssen, Dienstrecht für HochschullehrerInnen oder demokratischer Mitbestimmung an der Hochschule bundeseinheitliche „Standards“. Darüber hinaus ist der Bund im Bereich der gemeinsamen Bildungsplanung und der Hochschulbaufinanzierung engagiert – 50% aller Mittel für den Bau von Hochschulen und die Anschaffung von Großgeräten werden vom Bund gestellt.

Das Hochschulrahmengesetz soll gestrichen werden; an seine Stelle soll für Zulassung und Abschlüsse zwar weiterhin eine Regelung bestehen, von der allerdings die Länder abweichen können. Damit wäre beispielsweise denkbar, dass in NRW weiterhin das Abitur als Hochschulzugangsberechtigung gilt, in Baden-Württemberg noch ein einjähriges Pflichtpraktikum hinzukommt und in Berlin überhaupt kein Abitur mehr zur Immatrikulation benötigt wird. Auch die Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau soll gestrichen werden; künftig soll jedes Bundesland selbstständig für die anfallenden Ausgaben verantwortlich sein. Gleichzeitig soll dem Bund verboten werden, mit den Ländern gemeinsame Pilotprojekte durchzuführen bzw. zu finanzieren („Kooperationsverbot“). Damit wäre beispielsweise ein Ganztagsstudienprogramm, wie es von der rot-grünen Bundesregierung mit insgesamt 4 Milliarden Euro durchgeführt wurde, künftig nicht mehr möglich.

Die angedachten Reformen im Bildungsbereich sind nicht nur innerhalb der Bundestagsfraktionen äußerst umstritten, sondern stoßen auch bei zahlreichen BildungsexpertInnen auf Ablehnung. Denn die Übertragung von Bildungskompetenzen an die Länder wird dazu führen, dass sich die Unterschiede im Bildungswesen verstärken werden. Damit wird die Vergleichbarkeit von Abschlüssen oder die Chancengleichheit beim Hochschulzugang ad absurdum geführt. Gleichzeitig werden insbesondere finanzschwächere

Bundesländer noch weniger Geld zur Finanzierung ihrer Hochschulen aufbringen können – was natürlich un-

rei, dass in der Diskussion um eine Reform der bundesstaatlichen Ordnung nicht Sachargumente, sondern

nein für die Reform. Gerade der Koalitionspartner SPD überlegt derzeit, inwieweit nicht doch der Bund mehr



Stoibers Arbeit in der Föderalismuskommission war leider nicht so gut, dass er nun bei den Studierenden Autogrammstunden geben dürfte.

mittelbare Folgen für die Bildungsqualität haben wird. Und angesichts der Tatsache, dass gleichzeitig im Rahmen des Bologna-Prozesses ein harmonisierter europäischer Hochschulraum geschaffen werden soll, zeigt die neue deutsche Kleinstaate-

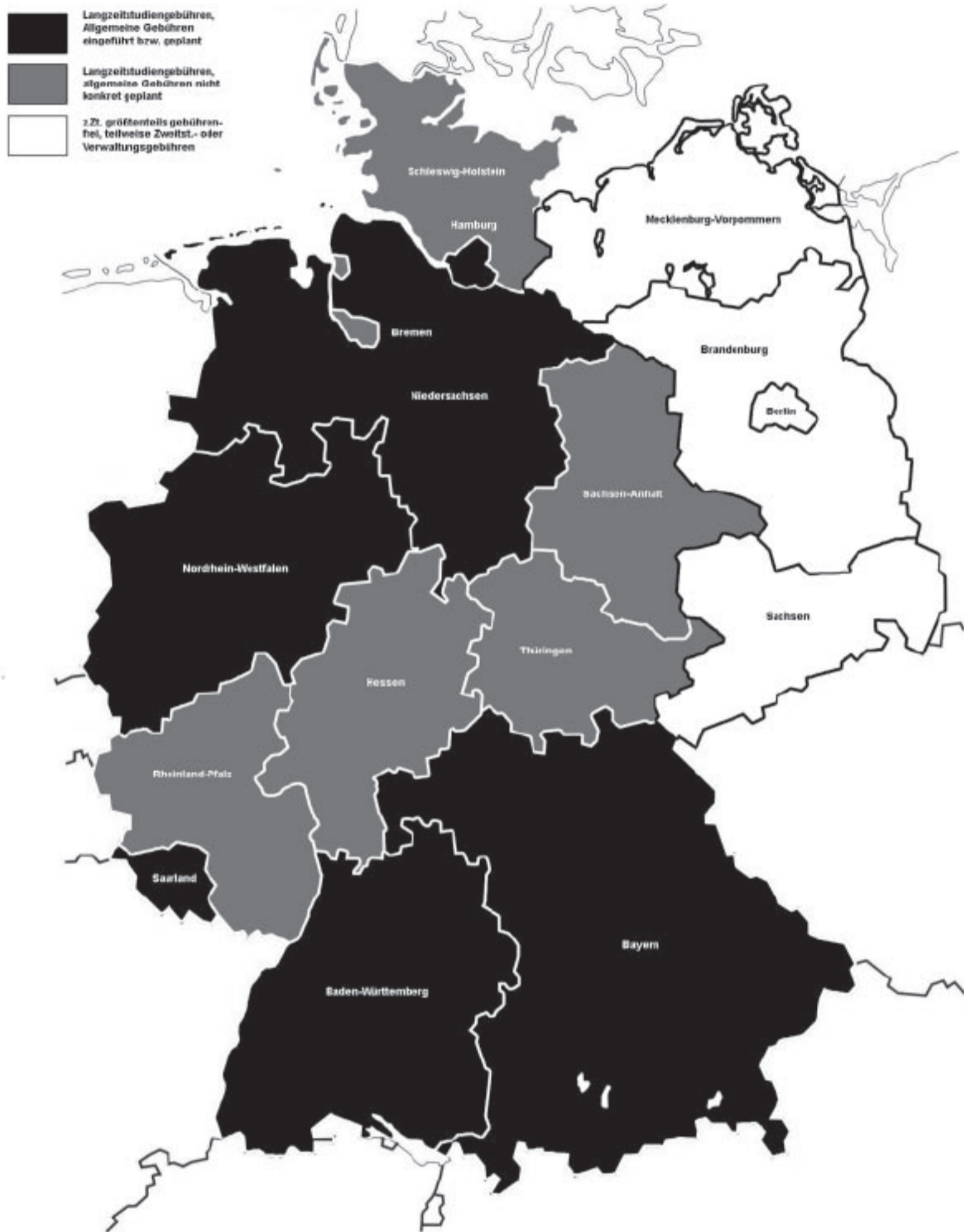
reine Machtspielchen ausschlaggebend sind.

Bis auf die CDU/CSU gibt es bei keiner im Bundestag vertretenen Fraktion überzeugte BefürworterIn-

Kompetenzen im Bildungsbereich behalten soll. Bis zur parlamentarischen Sommerpause bleibt noch Zeit für vernünftige Vorschläge. Hoffen wir, dass sie genutzt wird.

## Übersichtskarte: Studiengebühren in den Bundesländern

Alles Wesentliche auf einen Blick.



## 5 Fakten über Studiengebühren

Über Studiengebühren sollte man wissen...

- ..., dass sie in keinem Land der Welt zu Mehreinnahmen für die Hochschulen geführt haben. Stets wurden die Grundmittel mittelfristig abgesenkt.
- ..., dass sie unsozial sind. Studienkredite lösen das Problem nicht. Sie verlagern das Problem nur von der Studien- in die Phase der Existenzgründung. Wer auf Studienkredite angewiesen ist, muss wegen der Verzinsung sogar mehr Studiengebühren zahlen.
- ..., dass sie gerade von der Generation von Politikern gefordert und eingeführt werden, die am meisten von der Bildungsexpansion der 70er Jahre mit gebührenfreiem Studium und Voll-BAföG profitiert haben.
- ..., dass sie nicht gerecht sind. Mit Studiengebühren stehen Einkommensmillionäre und arbeitslose AkademikerInnen am Ende mit demselben Schuldenberg da. Eine gerechtere Verteilung von gesellschaftlichen Aufgaben kann man nur mit einem gerechteren Steuersystem erreichen.
- ..., dass man besser ohne sie fährt. Die bildungspolitisch erfolgreichen skandinavischen Länder verzichten auf Studiengebühren.

von Jochen Dahm

## Studiengebühren versehentlich abgeschafft

In Niedersachsens Wissenschaftsministerium wird nur gepfuscht

Vorreiter wollte er sein: in letzter Minute, unter Umgehung aller parlamentarischen Anhörungen und Ausschussberatungen und durch die Hintertür des Haushaltsbegleitgesetzes führte Minister Lutz Stratmann Ende 2005 in Niedersachsen Studiengebühren ein. Niedersachsen war damit das erste Bundesland, das ein verabschiedetes Studiengebührengesetz hatte.

Wie eilig das Gesetz geschrieben und verabschiedet wurde, zeigte sich jedoch bereits Anfang Februar diesen Jahres. Durch das Haushaltsbegleitgesetz wurden mehrere Artikel des Niedersächsischen Hochschulgesetzes durch neue ersetzt. Dabei

übersahen sowohl der Minister, von Beruf Rechtsanwalt, als auch seine Kollegen der Regierungsfractionen, dass die neuen Regeln erst zum Wintersemester 2006/07 in Kraft treten sollten. Darunter auch eine Neuregelung der Langzeitstudiengebühren. Da das Gesetz zum 01.01.2006 in Kraft trat, gab es plötzlich keine gültige Gebührenregelung mehr, die alte war gestrichen worden, die neue noch nicht gültig. Ein peinlicher Fehler für den Herrn Minister.

Mittlerweile jedoch wurde der Fehler ausgebügelt: eine Novellierung des Niedersächsischen Verwaltungszustellungsgesetzes enthielt kurioser Weise auch eine Änderung

des Niedersächsischen Hochschulgesetzes.

Nur eine Gewissheit bleibt: Politisch und handwerklich wird im Wissenschaftsministerium in Niedersachsen nur gepfuscht.

von Daniel Josten,  
Mitglied im Bundesausschuss der Studentinnen und Studenten in der GEW

## Zur Übersicht: Studiengebühren in den Bundesländern

Wir schreiben das Jahr 2006. Noch sind nicht in ganz Deutschland Studiengebühren eingeführt.

Wie es sich genau vor Ort mit der Gebührenfrage verhält und wie es perspektivisch aussieht, erfährt ihr hier

### Baden-Württemberg

**Ist-Stand:** In BaWü werden derzeit Langzeitstudiengebühren in Höhe von 510 Euro und Rückmeldegebühren in Höhe von 40 Euro erhoben.

**Planung:** Am 15.12.2005 hat der baden-württembergische Landtag die Einführung von allgemeinen Studiengebühren zum Sommersemester 2007 beschlossen. Die Höhe soll landesweit bei 500 Euro liegen.

**Perspektive:** Die Landes-ASten-Konferenz hat mit ihrem Bildungs-Bus über die Studiengebührenpläne der verschiedenen Parteien aufgeklärt. Gewählt wurde am 26. März. Es bleibt abzuwarten, ob das Wahlergebnis zu einem Umdenken führt.

### Bayern

**Ist-Stand:** In Bayern werden derzeit Langzeit- und Zweitstudiumsgebühren in Höhe von 500 Euro und Rückmeldegebühren in Höhe von 50 Euro erhoben.

**Planung:** Die Landesregierung in Bayern möchte allgemeine Studiengebühren zum Sommersemester 2007 einführen. Die Höhe soll je nach Hochschulart bis zu 500 Euro betragen.

**Perspektive:** In Bayern sind Studiengebühren noch keine beschlossene Sache. Erst Mitte 2006 wird das bayrische Parlament endgültig über den Studiengebührengesetzentwurf abstimmen. Genug Zeit auf die Straße zu gehen und zu zeigen: Es gibt vielleicht parlamentarische, aber keine gesellschaftliche Mehrheiten für Studiengebühren.

### Berlin

**Ist-Stand:** In Berlin werden derzeit Verwaltungsgebühren in Höhe von 50 Euro und je nach Studiendauer Aufschläge auf die Sozialbeiträge zu den Studentenwerken erhoben.

**Planung:** Derzeit gibt es keine Gesetzesinitiativen oder bekannte Pläne den Status quo zu ändern. Ausnahme: Finanzminister Sarrazin der allgemeine Gebühren fordert, in der Regierungskoalition aber eine Minorität vertritt.

**Perspektive:** Bis zu den Wahlen im Herbst 2006 wird es in Berlin wohl keine Veränderungen geben. Bleibt es bei einer rot-roten Landesregierung sind auch weiter keine allgemeinen oder Langzeitstudiengebühren zu erwarten. Die Rückmeldegebühren stehen in der derzeitigen Form wohl vor dem juristischen Aus.

### Brandenburg

**Ist-Stand:** In Brandenburg werden derzeit Verwaltungsgebühren in Höhe von 51 Euro erhoben.

**Planung:** Gesetzesinitiativen oder bekannte Pläne zur Einführung von allgemeinen Studiengebühren oder Langzeitstudiengebühren gibt es derzeit nicht.

**Perspektive:** Die Gebührenzukunft in Brandenburg ist ungewiss. Die Regierung mit Ministerpräsident Platzeck (SPD) und Wissenschaftsministerin Wanka (CDU) ist für allgemeine Gebühren offen, will aber keine VorreiterInnenrolle übernehmen. Die SPD-Brandenburg spricht sich für ein gebührenfreies Erststudium aus; die CDU für allgemeine Studiengebühren. Die größte Oppositionspartei die Linke.PDS ist Mitglied im ABS. Gewählt wird wieder 2009.

### Bremen

**Ist-Stand:** In Bremen gibt es seit dem 13.10.2005 ein Studienkontenmodell. Erstmals zum Wintersemester 06/07 werden für Studierende aus Bremen ab dem 14. Semester, und für Studierende ohne Wohnsitz in Bremen ab dem 3. Semester, 500 Euro fällig.

**Planung:** Gesetzesinitiativen zu allgemeinen Studiengebühren gibt es in Bremen derzeit nicht. Der kleinere Koalitionspartner CDU hat sich mit seinem diesbezüglichen Landesparteitagbeschluss nicht durchsetzen können.

**Perspektive:** In Bremen ist kurzfristig keine Verschärfung der Gebührenlage zu befürchten. Von der Benachteiligung der auswärtigen Studierenden ist wegen ähnlicher Urteile aus Hamburg zu erwarten, dass sie gekippt wird. Die nächsten Wahlen zur Bürgerschaft sind im Frühjahr 2007.

### Hamburg

**Ist-Stand:** In Hamburg werden derzeit Langzeitstudiengebühren in Höhe von 500 Euro und Verwaltungsgebühren in Höhe von 50 Euro erhoben. Außerdem existiert eine Sondergebühr in Höhe von 500 Euro für Studierende, die nicht in der Metropolregion Hamburg leben - aber vorerst juristisch gestoppt wurde.

**Planung:** Es gibt einen Gesetzentwurf des Hamburger Senates allgemeine Studiengebühren in Höhe von 500 Euro zum Sommersemester 2007 einzuführen. Die Hamburger Bürgerschaft soll noch vor der Sommerpause zustimmen.

**Perspektive:** In kaum einem Bundesland gab es in den vergangenen Monaten so heftige Proteste wie in Hamburg. Mit der Verschiebung der geplanten Einführung vom Sommer auf das Wintersemester konnte auch schon ein erster Erfolg erzielt werden. In Hamburg ist wieder ein heißer Sommer zu erwarten.

### Hessen

**Ist-Stand:** In Hessen werden derzeit Langzeitstudiengebühren in Höhe von 500-900 Euro, Verwaltungsgebühren in Höhe von 50 Euro und Zweitstudiumsgebühren in Höhe von bis zu 1500 Euro. Da die Hochschulen über deren Höhe selbst entscheiden dürfen und nur 10 % der Gebühren an den Hochschulen ver-

bleiben, verlangt keine mehr als das gesetzliche Minimum von 500 Euro.

**Planung:** Es gibt derzeit keinen Gesetzentwurf zu allgemeinen Studiengebühren. Der Grund: Die hessische Landesverfassung schreibt die Gebührenfreiheit des Hochschulstudiums vor.

**Perspektive:** Wegen der Regelung in der Landesverfassung herrscht eine trügerische Ruhe. Allerdings ist zu befürchten, dass die Regierung Koch doch noch einen Versuch unternimmt, allgemeine Studiengebühren einzuführen. In Hessen wird 2008 wieder gewählt.

### Mecklenburg-Vorpommern

**Ist-Stand:** In Mecklenburg-Vorpommern werden keine Studiengebühren erhoben.

**Planung:** Es gibt keine Planungen zu Studiengebühren.

**Perspektive:** Die nächsten Wahlen sind im Herbst 2006. Bleibt die rot-rote Regierung im Amt gibt es wohl weiter keine Gebühren.

### Niedersachsen

**Ist-Stand:** In Niedersachsen werden derzeit Langzeitstudiengebühren in Höhe von 500 Euro und Verwaltungsgebühren in Höhe von 75 Euro erhoben.

**Planung:** Am 8.12 hat der Landtag in Niedersachsen allgemeine Studiengebühren beschlossen. Ab dem Wintersemester 06/07 sollen alle Erstsemester und ab dem Sommersemester 07 alle Studierenden 500 Euro zahlen. Nach Ablauf der Regelstudienzeit plus vier Semester erhöht sich der Betrag auf 600, nach zwei weiteren Semestern auf 700, wieder nach zwei weiteren auf 800 Euro.

**Perspektive:** Die Landes-ASten-Konferenz Niedersachsen hat angekündigt gegen das Gesetz weiter vorzugehen - auch juristisch. 2008 sind Landtagswahlen. SPD und Grüne wollen bei einem Wahlsieg zumindest die allgemeinen Gebühren wieder abschaffen.

### NRW

**Ist-Stand:** In NRW werden derzeit im Rahmen eines Studienkontenmodells nach Ablauf der 1,5-fachen Regelstudienzeit Langzeitstudiengebühren in Höhe von 650 Euro erhoben.

**Planung:** Am 16. März hat der Landtag NRW beschlossen, den Weg für allgemeine Studiengebühren frei zu machen. Ab dem WS 06/07 sollen die Hochschulen von allen Erstsemestern und ab dem SoSe 2007 von allen Studierenden allgemeine Gebühren erheben können. Ob und in welcher Höhe die Hochschulen - bei einer Obergrenze von 500 Euro -

Studiengebühren erheben, bleibt ihnen überlassen.

**Perspektive:** Die Entscheidung liegt nun bei den Hochschulen. Dort haben die ProfessorInnen die Mehrheit. Die überwältigende Mehrheit an den Hochschulen sind die Studierenden. Es kommt darauf an, dass deren Nein zu Studiengebühren in den kommenden Monaten deutlich wird und sich die ProfessorInnen dem Willen der Mehrheit der Menschen an den Hochschulen beugen. Daneben werden das ABS und das LAT-NRW sowie ggf. die Oppositionsparteien im Landtag auf Grundlage von mehreren Rechtsgutachten gegen das Gesetz klagen.

### Rheinland-Pfalz

**Ist-Stand:** In Rheinland-Pfalz werden derzeit im Rahmen eines Studienkontenmodells nach Ablauf der 1,75-fachen Regelstudienzeit Langzeitstudiengebühren in Höhe von 650 Euro erhoben.

**Planung:** In Rheinland-Pfalz gibt es derzeit keine bekannten Pläne allgemeine Studiengebühren einzuführen.

**Perspektive:** In Rheinland-Pfalz wurde am 26. März gewählt. Alle Parteien sind mit einer Absage an allgemeine Studiengebühren in den Wahlkampf gezogen. Bleibt zu hoffen, dass es dabei bleibt.

### Saarland

**Ist-Stand:** Im Saarland werden derzeit Langzeitstudiengebühren in Höhe von 500 Euro erhoben.

**Planung:** In Saarland sollen nach Plänen der Regierung ab dem Wintersemester 07/08 allgemeine Studiengebühren erhoben werden. 300 Euro innerhalb und 500 nach Ende der Regelstudienzeit.

**Perspektive:** Im Saarland gibt es noch keinen Gesetzentwurf zu Studiengebühren. Wann er kommt ist fraglich. In einer repräsentativen Umfrage an der Uni des Saarlandes hat jedeR zweite Studierende erklärt, bei Studiengebühren das Bundesland zu verlassen. Im Saarland wird wieder im Herbst 2009 gewählt.

### Sachsen-Anhalt

**Ist-Stand:** In Sachsen-Anhalt werden derzeit Langzeitstudiengebühren in Höhe von 500 Euro erhoben.

**Planung:** Es gibt derzeit keine bekannten Pläne allgemeine Studiengebühren einzuführen.

**Perspektive:** Am 26.3. wurde in Sachsen-Anhalt gewählt. Es bleibt abzuwarten, wie das Wahlergebnis sich auf die Gebührenentwicklung in Sachsen-Anhalt auswirkt.

### Sachsen

**Ist-Stand:** In Sachsen könnten die Hochschulen derzeit für ein Zweitstudium Studiengebühren in Höhe von 300-450 Euro erheben. Ab einer gewissen Studienzeit droht zudem die Exmatrikulation. Für ausländische Studierende werden in der Studienvorbereitung spezielle Gebühren von bis zu 2200 Euro erhoben.

**Planung:** In Sachsen gab es im Herbst 2005 einen Koalitionsstreit um allgemeine Studiengebühren. Ministerpräsident Milbradt (CDU) unterlag dabei Wissenschaftsministerin Barbara Ludwig (SPD), die zumindest den Status quo erhalten konnte.

**Perspektive:** Allgemeine Studiengebühren werden in Sachsen wohl mindestens bis zur nächsten Landtagswahl 2009 nicht eingeführt. Welche Änderungen das geplante neue Sächsische Hochschulgesetz ansonsten bringen wird ist noch unklar.

### Schleswig-Holstein

**Ist-Stand:** In Schleswig-Holstein werden derzeit keine Studiengebühren erhoben.

**Planung:** Die CDU fordert allgemeine Studiengebühren zum Wintersemester 2007/2008, der Koalitionspartner SPD ist dagegen.

**Perspektive:** Die Gebührenentwicklung in Schleswig-Holstein hängt zum einen von der Standhaftigkeit der SPD ab. Zum anderen wollen die KoalitionspartnerInnen die Entwicklung der anderen norddeutschen Länder im Auge behalten.

### Thüringen

**Ist-Stand:** In Thüringen werden derzeit Langzeitstudiengebühren in Höhe von 500 Euro erhoben.

**Planung:** Nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichtes Anfang 2005 hat die in Thüringen allein regierende CDU versprochen, bis zum Ende der Legislaturperiode keine allgemeine Studiengebühren zu erheben.

**Perspektive:** Mittelfristig sind in Thüringen keine allgemeinen Studiengebühren zu erwarten. Gewählt wird wieder 2009.

**Anmerkungen:** Alle Angaben zur Höhe von Studiengebühren beziehen sich auf ein Semester. Die Langzeitstudiengebühren werden in der Regel nach Ablauf der Regelstudienzeit plus vier Semester erhoben.

*Erstellt in Zusammenarbeit mit dem Online-Portal [www.studis-online.de](http://www.studis-online.de). Alle Angaben Stand März 2006 und ohne Gewähr.*

von Jochen Dahm

## Studiengebühren als gesellschaftlicher Paradigmenwechsel

Die Einführung von Studiengebühren ist ein Beispiel für einen gesellschaftlichen Paradigmenwechsel auch auf dem Feld der Hochschulpolitik.

**I.** Die Einführung von Studiengebühren ist ein Beispiel für einen gesellschaftlichen Paradigmenwechsel auch auf dem Feld der Hochschulpolitik.

Seit den 60er Jahren bis über die Jahrhundertwende 2002 - also etwa dem Jahr der gesetzlichen Verankerung der „Studiengebührenfreiheit“ im HRG - gab es in Bund und Ländern eine große politische Mehrheit, die ein Studium als ein öffentliches, gemeinnütziges Gut behandelte, dessen Förderung ein allgemeines Anliegen ist und eine öffentliche Aufgabe zu sein hat.

Dieses Leitbild war ausgelöst durch den Sputnik-Schock Ende der 50er Jahre und kulminierend in Georg Pichts Alarmruf in seinem Buch „Die Bildungskatastrophe“ über vier Dekaden zu einem stabilen gesellschaftlichen Konsens geworden, der von allen Parteien, den Hochschulen, der KMK, dem Bundesverfassungsgericht, ja sogar von den Wirtschaftsverbänden getragen wurde.

In einem historisch einmaligen Schub, wurden in den 70er und 80er Jahren Hochschulen ausgebaut und Ausbildungsreformen angestoßen. Mit massiver Bildungswerbung wurden einerseits die Ausbildungsförderung (das BAföG) eingeführt und andererseits Bildungsbarrieren wie Hörer- oder Kollegelder abgeschafft.

Beginnend mit dem „Scheidungsbrief“ des Grafen Lambsdorff und der Aufkündigung der sozial-liberalen Koalition 1982 setzte sich ein von der neoklassischen, angebotsorientierten ökonomischen Lehre geprägtes zunächst nur auf die Wirtschaft bezogenes, mehr und mehr aber auch die Politik und die Öffentliche Meinung beeinflussendes „libertäres“ (Thomas Meyer) gesellschaftliches Leitbild durch.

Angestoßen von den Wirtschaftsverbänden und ihrer Lobbyorganisation auf dem Feld der Wissenschaft – dem Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft – beraten u.a. vom Bertelsmann Centrum für Hochschulentwicklung (CHE) setzte sich eine ökonomische, genauer müsste man sagen, eine betriebswirtschaftliche Betrachtungsweise eines Studiums durch:

Wissenschaftliche Qualifizierung wurde nicht mehr überwiegend als Fundament für die technologische Innovation und Leistungsfähigkeit der Volkswirtschaft und als Element des wissenschaftlichen Fortschritts und der demokratischen Teilhabe und der kulturellen Entwicklung der Gesellschaft verstanden, sondern als eine private Investition in die persönliche Zukunft, die später durch eine höheres berufliches Einkommen eine individuelle Rendite abwirft.

**II.** Gegen Studiengebühren sprechen ökonomische, soziale und rechtspolitische Argumente.

Ich kann mir an dieser Stelle ersparen, auf viele der kritischen Argumente im Einzelnen einzugehen.

Welches Staatsverständnis und welches Gesellschaftsbild stecken hinter diesem Paradigmenwechsel?

Vor allem im Bereich der Bildung hatte sich ab den 60ern eine historisch glückliche Konstellation zusammen gefunden, zwischen

1. Vertretern eines aktiven liberalen Bürgerrechts auf Bildung (Hildegard Hamm-Brücher),
2. des sozialdemokratischen Denkansatzes der Verwirklichung von politischen, sozialen und wirtschaftlichen Grund- und Teilhaberechte („Mehr Demokratie wagen“ und „Mehr Chancengleichheit schaffen“) und
3. des technokratisch ökonomischen Drängens auf eine Verbesserung des gesellschaftlichen Forschungs- und Technologiepotentials nebst einer besseren Qualifizierung des „Humankapitals“.

Daraus erwuchs das Konzept der Bildungsförderung und eines freien und chancengleichen Zugangs zum Studium. Ein Studium war vom Staat zu fördern und zu gewährleisten, wie es das BVerfG formulierte.

Heruntergebrochen auf das Studium fordert dieses Leitbild:

In politisches Alltagsvokabular übersetzt, heißt das:

- Mehr Markt statt mehr Staat, gepaart mit der Forderung nach Zurückdrängung staatlicher Aufgabenwahrnehmung. („starve the beast“)
- Als Hebel dazu, die Forderung nach Steuersenkungen zur Senkung der Staatsquote,
- Konsolidierung des abgesetzten Staatshaushaltes durch Privatisierung von Leistungen der Daseinsvorsorge und Abbau der staatlich garantierten sozialen Sicherungssysteme und deren Übertragung in mehr „Eigen-

verantwortung“ als private Risikoversorge.

Als soziale Rückbindung und um sich nicht den Vorwurf eines Verstoßes gegen die Chancengerechtigkeit einzuhandeln, soll die Gebühr natürlich „sozial verträglich“ sein.

Höherer privater Anteil an der Finanzierung der Hochschulen.

Dadurch entstehe ein „nachfrage- und preisorientierter Steuerungseffekt“ auf die Hochschulen. „Der Kunde wird König“.

Studiengebühren schafften mehr Wettbewerb unter den Hochschulen und verbesserten dadurch die Qualität des Studienangebots.

Die höhere Kostenbeteiligung der Studierenden führe zu „effizienterem Studierverhalten und damit zu kürzeren Studienzeiten“

„sozial unerträglicher“ bildungspolitischer Skandal. Dem man mit aktiven Maßnahmen entgegensteuern müsste.

**III.** Die Einführung von Studiengebühren ist eine symbolträchtige gesellschaftspolitische Entscheidung.

Mit der Einführung der Studiengebühr erfolgt ein weiterer Schritt hin zu einer eher libertären Staats- und Gesellschaftswirklichkeit.

Eine Abwägung zwischen libertärem und wohlfahrtsstaatlichem Gesellschaftsmodell würde diesen Rahmen bei weitem sprengen, deshalb will mich auf die ganz konkrete Frage beschränken:

Ist die ökonomische Betrachtungsweise eines Studiums und die Funktion, die dabei Studiengebühren zugeschrieben wird, in sich schlüssig und zielführend?

Man könnte sich zuerst einmal trefflich darüber streiten, ob Hochschulen „Wirtschaftsbetriebe“ sind oder sein sollten, und ob ein Studium ein verkäufliches Gut darstellt.

DIE ORDNUNG DER FREIHEIT: „PRIVATEIGENTUM, WETTBEWERB UND OFFENE MÄRKTE, FREIE PREISBILDUNG UND EIN STABILES GELDWESEN, EINE SICHERUNG VOR DEN GROSSEN LEBENSRIK- EN FÜR JEDEN UND HAFTUNG ALLER FÜR IHR TUN UND LASSEN.“

Man könnte auch danach Fragen, ob es nicht gerade bei Gütern der Daseinsvorsorge ein eklatantes Marktversagen gibt? Wie man das etwa in England nach der Privatisierung der Bahn praktisch erlebt hat.

Aber solche unter ausländischen Ökonomen durchaus heftig diskutierten Fragen sind in Deutschland gegenwärtig nicht opportun. Im Hochschulbereich werden sie schlicht mit dem Hinweis zurückgewiesen, dass es in den USA – unter 3000 teilweise sehr schlechten - ein paar Dutzend Hochschulen gibt, die angeblich besser sind als die unsrigen.

### Eine Anmerkung zum Schluss:

Es ist schon merkwürdig, dass gerade die Gewinner der Bildungsexpansion seit den 70er Jahren bei der Nachfolgegeneration abkassieren wollen. In diesem Sinne kündigen auch Studiengebühren den Generationenvertrag an einer weiteren Stelle auf.

In Finnland oder Schweden, Ländern, die sowohl bei den internationalen Bildungsvergleichen, aber auch bei der ökonomischen Entwicklung immer gern als Vorbild herangezogen werden, studieren 70 % eines Altersjahrgangs, dort gibt es nicht nur keine Studiengebühren sondern sogar – wie bei uns bei den Auszubildenden im dualen System – noch für jeden Studierenden eine elternunabhängige Studienförderung. Wollen wir in Deutschland also noch weiter zurückfallen - nur weil wir weniger für Bildung leisten, als wir uns leisten können?

von Wolfgang Lieb



Seit dem Bruch der sozialliberalen Koalition, der Wende der FDP zur CDU und zunehmend in den letzten Jahren haben eher die Kräfte einer „libertären Demokratie“ unser öffentliches und politisches Gesellschaftsbild geprägt.

Bundespräsident Horst Köhler hat in seiner Rede vor dem Arbeitgeberforum am 15. März letzten Jahres in Berlin, diese neue „Ordnung der Freiheit“ trefflich zusammengefasst: „Privateigentum, Wettbewerb und offene Märkte, freie Preisbildung und ein stabiles Geldwesen, eine Sicherung vor den großen Lebensrisiken für jeden und Haftung aller für ihr Tun und Lassen“ (Zitat Ende).

Von Sozialstaat, sozialer Gerechtigkeit, von Teilhabe, von Mitbestim-

verantwortung“ als private Risikoversorge.

- Abbau demokratischer Lenkungsmechanismen, unter dem Stichwort „Deregulierung“ zugunsten einer Steuerung durch den Markt und nach den Effizienzkriterien des Wettbewerbs.

Übertragen auf das Hochschulwesen heißt das:

Weniger staatliche oder weniger bürokratische Steuerung und weniger demokratische Mitbestimmung zugunsten von mehr „Autonomie“, mehr Wettbewerb zur Steigerung der betriebswirtschaftlichen Effizienz, mehr private statt staatliche Finanzierung.

Als soziale Rückbindung und um sich nicht den Vorwurf eines Verstoßes gegen die Chancengerechtigkeit einzuhandeln, soll die Gebühr natürlich „sozial verträglich“ sein.

Erlauben Sie mir eine kleine Zwischenbemerkung zu dieser „Verträglichkeitsrhetorik“ (van den Daele, 1993):

Wenn derzeit von 100 Kindern hoher sozialer Herkunft, 84 der Übergang in die gymnasiale Oberstufe und 72 die Aufnahme eines Studiums gelingt, von 100 Kindern unterer sozialer Herkunft aber nur 33 der Übergang in eine weiterführende Schule und nur noch 8 von 100 die Überwindung der Schwelle zum Studium gelingt (DSW Sozialerhebung), dann ist das schon heute weder volkswirtschaftlich vertretbar noch sozial verträglich, sondern ein

## Bolkestein und das Spiel mit Bildung

### EU-Parlament entscheidet über Deregulierung des EU-Binnenmarktes

Diether Dehm zieht kritisch Bilanz

Im Februar hat das Europäische Parlament über ein Gesetz zur vollständigen Deregulierung des Europäischen Binnenmarktes – kurz Bolkesteinrichtlinie – abgestimmt. Seit der Vorlage durch die EU-Kommission ist sie in vielen Punkten von Sozialverbänden und Gewerkschaften scharf kritisiert worden. Befürchtet werden Lohndumping, Abbau der öffentlichen Daseinsfürsorge sowie von Arbeits-, VerbraucherInnen- und Umweltschutz.

Viele BildungsexpertInnen stritten dafür, den Bereich Bildung gänzlich aus dem Vorschlag auszuklamern, schließlich handelt es sich um einen öffentlich zu finanzierenden Bereich, der mit Dienstleistungen nicht gleich zu setzen ist. Laut EG-Vertrag sind dies „Leistungen, die in der Regel gegen Entgelt erbracht werden“.

Ob und wie weit dieses uneingeschränkt auf den Bildungsbereich übertragbar ist, wird im Einzelfall der Europäische Gerichtshof (EUGH) zu entscheiden haben. Die Bestimmung über die Entgeltlichkeit ist jedenfalls ein Einfallstor. Man bedenke, dass bereits viele Bereiche von den so genannten „LeistungsempfängerInnen“ nur gegen Beiträge zum Besuch offen stehen. Kindergärten, Kindertagesstätten, fast der gesamte Weiterbildungsbereich würde schon jetzt der Richtlinie unterliegen. Hochschulen sind schon jetzt teilweise durch Verwaltungs-kostenbeiträge und zukünftig durch die Einführung allgemeiner Studiengebühren betroffen. Die operative



Gewerkschaften und Studierendenverbände riefen zum Protest gegen Bolkestein auf.

Anwendbarkeit auf den Bildungsbereich ergibt sich zwar nicht zwingend aus der Richtlinie, doch die sehr allgemein gefasste Bestimmung von Dienstleistungen lässt die Anwendbarkeit für den Bildungsbereich zu.

Das originäre Ziel der Richtlinie liegt im Wettbewerb, der nur durch Harmonisierung zu erreichen scheint. Dabei geraten wirtschaftliche und staatliche Interessen in Widerspruch. Staatliche Bildungsfinanzierung hat sicher zu stellen, dass ein ausgewogenes, überall gut erreichbares Bildungsangebot vorgehalten wird. Private TrägerInnen werden auf Wirtschaftlichkeit ausgerichtet und darauf angewiesen, sich dort nieder zu lassen, wo ein zahlungskräftiges Publikum zu finden ist. Dabei soll ihnen Genehmigungen im gesamten Hoheitsgebiet des betreffenden Mitgliedstaats zugestanden werden. Nach wie vor bleibt völlig

ungeklärt, wie diese mit der föderalen Struktur der BRD in Einklang zu bringen sein sollen.

Neben allen rechtlichen Bedenken, die die Richtlinie aufwirft, bleibt eine maßgebliche Kritik: Bolkestein bedeutet weitere Privatisierung. Gerade im Bildungsbereich ist dies ein weiterer massiver Schritt zur Verfestigung der Klassengesellschaft.

Ein soziales Europa darf sich nicht darauf beschränken, beste Bedingungen für die Privatwirtschaft zu schaffen und ihre Profite auf Kosten der EinwohnerInnen zu erhöhen. Daher ist es ein Fehler, den Bereich Bildung den Kriterien dieser Dienstleistungsrichtlinie zu unterwerfen und ihn nach rein marktwirtschaftlichen Kriterien zu behandeln.

von Diether Dehm, Europapolitischer Sprecher der Linksfraction im Deutschen Bundestag

## Sie streiken auch für uns!

### Zum Streik im Öffentlichen Dienst

Warum Solidarität mit dem Streik von Ver.di angesagt ist

Zurzeit tobt ein grundlegender Richtungsstreit zwischen der „Großen Koalition der Bundesländer“ und den Gewerkschaften. Er wird sich auf die langfristige Entwicklung des deutschen Tarifsystems auswirken. Ein Flächentarifvertrag kann nur Bestand haben solange die Gewerkschaften gut genug aufgestellt sind, die sogenannten ArbeitgeberInnen in eine bundesweite Regelung zu zwingen. Immer wieder wurde versucht, durch Landesregelungen oder Haustarifverträge die gewerkschaftliche Bewegung zu spalten. Bereits die Forderungen der ÄrztInnengewerkschaft „Marburger Bund“ haben gezeigt, wozu ein separates Verhandeln der einzelnen Berufsgruppen führt. Während die Krankenschwester des Universitätsklinikums gegen eine Verlängerung der Arbeitszeit und damit einer Stundenlohnsenkung kämpft, streikt ihr Chefarzt für eine Erhöhung des Stundenlohns um 30 Prozent.

Interessierte StudentInnen werden sich jetzt fragen: Na und, was hat das mit mir zu tun? Ist doch gut, wenn wir AkademikerInnen mehr verdienen... Jedoch verhält es sich komplizierter. Sollte die dauerhafte Schwächung des Flächentarifvertrages durch die Große Koalition gelingen, ist damit mittelbar das Tor zu deutlich höheren Studiengebühren geöffnet. Dies resultiert aus einer noch stärker ungleichen Einkommensverteilung. Mit der Argumentation, die Krankenschwester würde doch dem Arztsohn das Studium finanzieren, werden für Studien-

gänge mit höherem zu erwartendem Einkommen auch höhere Studiengebühren verlangt. Ein Blick in andere Staaten macht das deutlich.

Zweitens sind Studierende auch unmittelbar von der Tarifaueinsetzung betroffen. Der Tarifvertrag öffentlicher Dienst (TVöD) gilt bislang nur für Bund und Kommunen. Die Beschäftigten der Länder streiken für dessen Einführung. Der TVöD wäre eine Möglichkeit, studentische Beschäftigte an den Hochschulen endlich tariflich abzusichern und höhere Stundenlöhne sowie Mindeststandards wie Urlaub fest zu schreiben. Dazu bedarf es allerdings einer starken studentischen Stimme in den Gewerkschaften, um gegen die Landesregierungen eine solche Regelung, die es bisher nur in Berlin gibt, auch mit den anderen Ländern zu vereinbaren.

Drittens werden die meisten Studierenden später selber einmal abhängig Beschäftigte. Es geht auch um Lebensqualität bei verspätetem Renteneinstieg, Massenarbeitslosigkeit, Stundenlohnabsenkung und verlängerter Wochenarbeitszeit. Drei gute Gründe, warum es für StudentInnen wichtig ist, sich solidarisch mit den Streikenden zu zeigen.

Weitere Infos:

<http://www.nachdenkseiten.de/>  
<http://www.verdi.de/>  
<http://www.tarifini.de/>

von Benedikt Engelmeier, Student der Wirtschaftspolitik, Soziologie und Politik an der Uni Münster und aktiv bei Ver.di NRW

## Internationalisierung ohne AusländerInnen?

### Eine Einschätzung von Eleni Andrianopulu

Die Internationalisierung der deutschen Hochschulen bedeutet auch die Aufnahme einer stetig wachsenden Zahl von ausländischen Studierenden. Während Deutsche und Studierende aus der Europäischen Union bislang größtenteils noch gebührenfrei studieren, werden ihre KommilitonInnen aus der übrigen Welt schon lange mit Gebühren aller Art und Höhe belastet. Werden zusätzlich allgemeine Studiengebühren eingeführt, wird sich die Zusammensetzung der Studierendenschaft noch einmal gravierend verändern.

Schon jetzt ist die Lage der Studierenden aus Drittstaaten schwierig. Sie werden gesetzlich und durch andere Regelungen permanent diskriminiert: Für ausländische Studierende aus Drittstaaten gibt es Gebühren, die für andere Studierende nicht gelten: Sie werden für Hochschulbewerbung, Zulassung, Sprachkurse und -prüfung und Betreuung zur Kasse gebeten. Tendenz für Anlass und Höhe steigend.

Der Wust an Regelungen ist zudem so intransparent, dass StudienbewerberInnen nicht einmal die auf sie zukommenden Kosten kalkulieren können. Noch immer geben 68% der Studierenden aus Entwicklungsländern „Gebührenfreiheit“ als Begründung zu ihrer Wahl für ein Studium in Deutschland an.

Die meisten ausländischen Studierenden finanzieren ihr Studium durch Erwerbstätigkeit und durch ihre Eltern. Während ihre KommilitonInnen durchschnittlich 767 Euro im Monat haben, verfügen Studie-

rende aus Schwellenländern mit ähnlichem Status durchschnittlich über 601 Euro. Studienfinanzierung ist die größte Sorge ausländischer Studierender aus Drittstaaten. Arbeiten dürfen sie nur an 180 halben Ta-

gen im Jahr oder als wissenschaftliche Hilfskraft. BAföG-berechtigt sind sie so gut wie nie, Stipendien sind für sie noch schwerer als für die deutschen Studierenden zu erreichen.

Allgemeine Studiengebühren werden sie zum Studienabbruch oder ihre Eltern in die Verschuldung treiben. Denn wieder einmal sollen für ausländische Studierende aus Drittstaaten verschärfte Konditio-

nen gelten. Von Darlehenssystemen und Gebührenbefreiungen werden sie ausgenommen.

Eine absurde und ausländerInnenfeindliche Entwicklung. Was mit ihr bezweckt wird, ist jedoch nicht ausländische Studierende generell von den deutschen Hochschulen fernzuhalten. Dafür werden sie zu dringend gebraucht und umworben. Es geht darum die Studienplätze an besonders finanzkräftige StudienbewerberInnen zu vergeben. Auf der einen Seite soll eine Generation von Studierenden geschaffen werden, die sich ohne Probleme im Jet-Set bewegen kann und dank ihrer teuren Ausbildung dem System der Hi! Potentials die Treue hält.

Andererseits geht es um das Geschäft. Länder wie Australien haben es vor gemacht und für ausländischen Studierenden einen regelrechten Bildungsmarkt aufgebaut. Auch in Deutschland ist mit der Arbeits- und Servicestelle für Internationale Studienbewerbungen (ASSIST) e.V., der bislang 76 Hochschulen beigetreten sind, der Anfang gemacht worden. Allein für die formale Überprüfung ihrer Bewerbungen werden die ausländischen Studierenden hier schon zur Kasse gebeten. Als nächster Schritt stehen kostendeckende Studiengebühren für ausländische Studierende im Raum. Ausländische Studierende zur Haushaltssanierung? Nein danke!

von Eleni Andrianopulu, aktiv im StudentInnenRat der Uni Leipzig und Mitglied des Kuratoriums des Deutschen Akademischen Austauschdienstes (DAAD).



Die universitäre Welt ist wie eine Schmuckschatulle. Sie steht nicht allen offen.

## Promis für ein gebührenfreies Studium!

### Große Plakatkampagne des Aktionsbündnisses gegen Studiengebühren

Das Aktionsbündnis gegen Studiengebühren hat es wieder einmal geschafft! Zahlreiche Prominente aus Medien, Kunst, Kultur, (Ex-)Politik haben ihre Unterstützung zugesagt! Noch in diesem Semester wird das ABS eine deutschlandweite Plakatkampagne starten. Auf unserer Homepage [www.abs-bund.de](http://www.abs-bund.de) halten wir euch auf dem Laufenden, da der genaue Starttermin noch nicht feststeht.

Wir wollen zeigen, dass nicht nur Studierende Gebühren im Bildungssystem von Grund auf ablehnen. Viele Prominente die sich sonst nicht aktiv am politischen Prozess beteiligen sind empört, dass Bildung kein freies



Promi für unsere Sache: Ex-No-Angel Nadja Benaissa.

Gut mehr sein soll.

Daher beteiligen sich die uns aus den Medien bekannten Menschen an unserem Kampf für ein freies Bildungswesen.

Nutzen wir diese Gelegenheit um der Politik zu zeigen, dass wir aus allen Bereichen der Gesellschaft solidarische Unterstützung haben. In unserer Mediendemokratie brauchen wir namhafte Fürsprecher. Dadurch werden die Probleme der zwei Millionen Studierenden in den Medien wieder aufgegriffen und inten-

siver thematisiert. So kommen wir unserem Ziel näher, die Politik von der Unabdingbarkeit freier Bildung zu überzeugen.

Aber ohne euch geht nichts!!!

Was ihr tun könnt: Fragt euren AstA vor Ort nach den Promi-Plakaten des ABS. Hängt sie auf und sorgt dafür, dass sie auch von möglichst vielen Nicht-Studis gesehen werden.

## Uno-Blauhelme bald an deutschen Hochschulen?

### Studiengebührengesetze verstoßen gegen internationales Recht. Es muss gehandelt werden!

Die Studiengebührengesetze der Länder verstoßen in ihrer derzeitigen Form gegen den internationalen Pakt über wirtschaftliche, kulturelle und soziale Rechte. Die Einhaltung dieses Paktes lässt sich nicht nur vor deutschen Gerichten einklagen, sondern auch von der Uno anmahnen. ABS und fzs werden daher den Kontrollausschuss für den Uno-Sozialpakt anrufen. Nach der Kritik am dreigliedrigen Schulsystem und der mangelnden Chancengleichheit droht dem deutschen Bildungssystem dann schon die zweite Rüge.

Bildungsblauhelme für deutsche Hochschulen! (Christian)

DER GESAMTE HOCHSCHULSEKTOR DER BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND IST GESICHERT, SIR!



## Studiengebühren kein Naturgesetz

### Allgemeine Studiengebühren in Sachsen gestoppt

Wie in jedem Bundesland gab und gibt es in Sachsen die Diskussion um Studiengebühren. Doch am Beispiel Sachsen wird deutlich, dass sich Widerstand gegen Studiengebühren lohnt. Während es Studiengebühren für ausländische Studierende und Zweitstudiengebühren schon lange gibt, sprach sich die CDU Regierung und allen voran Ministerpräsident Milbradt wiederholt auch für allgemeine Studiengebühren aus. Sachsen beteiligte sich sogar an der Klage

allgemeine Studiengebühren vorerst vom Tisch.

Ministerpräsident Milbradt sprach sich bei öffentlichen Auftritten dennoch wiederholt für allgemeine Studiengebühren aus. Im Nachhinein betonte er stets, dass es sich um seine Privatmeinung handelt. Schließlich führten seine Äußerungen zur Koalitionskrise und sogar zum Anrufen des Koalitionsausschusses. Wieder wurde das The-

## Studiengebühren verfassungs- und völkerrechtswidrig?

### Der juristische Kampf gegen Studiengebühren

Der Kampf gegen Studiengebühren ist in erster Linie ein politischer Kampf. Aber auch juristisch bieten die Studiengebührengesetze der Bundesländer viele Schwächen. Die drei wichtigsten Punkte sollen hier zusammengefasst werden.

#### 1. Studiengebühren verstoßen gegen den Pakt über soziale und kulturelle Rechte

Deutschland hat seit dem 17.12.1973 den internationalen Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte der Uno ratifiziert. Der Pakt ist Bestandteil der Internationalen Menschenrechtscharta und hat in Deutschland den Rang eines Bundesgesetzes. In ihm findet sich explizit der Passus:

- (1) Die Vertragsstaaten erkennen das Recht eines jeden auf Bildung an. Sie stimmen überein, dass Bildung auf die volle Entfaltung der Persönlichkeit und des Bewusstseins ihrer Würde gerichtet sein und die Achtung vor den Menschenrechten und Grundfreiheiten stärken muss. [...]
- (2) Die Vertragsstaaten erkennen an, dass im Hinblick auf die volle Verwirklichung dieses Rechts [...] der Hochschulunterricht auf jede geeignete Weise, insbesondere durch allmähliche Einführung der Unentgeltlichkeit, jedermann

gleichermaßen entsprechend seinen Fähigkeiten zugänglich gemacht werden muss.

Es ist in der juristischen Literatur umstritten, wie zwingend die Formulierung „allmähliche Unentgeltlichkeit“ zu werten ist. Auf jeden Fall kommen aber alle bislang vorgelegten Rechtsgutachten zu dem Schluss, dass die geplanten neuen Studiengebühren – statt allmähliche Unentgeltlichkeit also neue Gebühren – einen Verstoß gegen den Pakt darstellen.

#### 2. Studiengebühren brechen das Vertrauen von bereits immatrikulierten Studierenden

Wenn Studierende sich für ein Studium entscheiden, tun sie das unter bestimmten Bedingungen. Vor allem werden sie prüfen, ob sie sich ein Studium leisten können. Bei Studiengebühren von 1.000 Euro pro Jahr, hätten sich sicherlich viele gegen ein Studium entscheiden müssen. Sie haben sich aber für ein Studium entschieden und auf dessen Gebührenfreiheit vertraut.

Juristisch ist nun umstritten, ob der Gesetzgeber dieses Vertrauen beachten und den Studierenden erlauben muss, ihr Studium ohne Gebühren zu beenden. Für Langzeitstudiengebühren haben die Gerichte dies bislang verneint; die Entscheidung des Bundesverfassungsgerichtes steht noch aus. Bei allgemeinen Studiengebühren ist die Lage gemäß den bislang vorgelegten Rechtsgut-

achten für die Studierenden aber günstiger. Innerhalb der Regelstudienzeit sollten sie darauf vertrauen können, gebührenfrei zu Ende studieren zu können.

#### 3. Die Studiengebühren kollidieren mit dem BAföG

Wer seinen Lebensunterhalt während des Studiums nicht mit eigenen Mitteln oder dem Unterhalt durch die Eltern bestreiten kann, hat bekanntlich die Möglichkeit BAföG zu beantragen. Das BAföG wird zum überwiegenden Anteil vom Bund finanziert. Wenn ein Bundesland nun Studiengebühren einführt, nimmt es den Studierenden das Geld, was der Bund ihnen für die Lebenshaltungskosten zahlt, als Studiengebühren wieder ab. Der Bund hat im BAföG eine Verschuldungsgrenze festgelegt, die er für gerade noch vertretbar erachtete. Die Kredit- und Schuldenysteme der Länder würden diese Schulden zum einen erhöhen und zum anderen an die Stelle von unverzinsten verzinste Kredit setzen. Die Länder verstoßen damit nach vielfach vertretender Meinung gegen das Prinzip der Bundestreue, das grob vereinfacht besagt, dass die Länder nicht gegen Gesetze des Bundes agieren dürfen.

Mehr Infos und die Rechtsgutachten im Wortlaut finden sich unter [www.absbund.de](http://www.absbund.de)

von Jochen Dahm

## Impressum

### Herausgeber:

Aktionsbündnis gegen Studiengebühren (ABS) beim fzs  
Wöhlerstraße 19  
10115 Berlin

**Redaktion:** Amin Benaissa (V.i.S.d.P.), Jochen Dahm (V.i.S.d.P.), Daniel Josten (AstA Uni Hannover), Daniel Bruns (Bundesausschuss der StudentInnen in der GEW), Marco Unger (Konferenz sächsischer Studierendenschaften)

**Mitarbeit:** Eleni Andrianopulu (Stura Uni Leipzig), Christian Berg (Vorstand freier Zusammenschluss von studentInnenschaften), Diether Dehm (Europapolitischer Sprecher der Linksfraktion im Deutschen Bundestag), Benedikt Engelmeier (Verdi-Studierende NRW), Dr. Wolfgang Lieb (Mitherausgeber von [nachdenkenseiten.de](http://nachdenkenseiten.de)), Sascha Vogt (Mitglied im Bundesvorstand der Juso-Hochschulgruppen), Felix Wittenzellner (Mitglied im Vorstand des u-asta der Uni Freiburg)

**Auflage:** 40.000

**Druck:** Caro Druck, Frankfurt

**Erscheinungsdatum:** 10.4.'06